

Kurzinterview Trumpf Buur

Welches sind nach Ihrer Ansicht die wichtigsten Forderungen der Wirtschaft an die Bundespolitik?

Als mittelständischer Unternehmer erwarte ich vom Staat keine Subventionen sondern möglichst viel unternehmerischen Freiraum. Das bedeutet im Klartext: Weniger Gesetze, weniger administrative Belastungen sowie tiefe Steuern und Abgaben! Das hält die schweizerischen Unternehmungen auch im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig. Die Bundespolitik verspricht in dieser Hinsicht viel, hält aber leider viel zu wenig. Das müssen wir korrigieren.

In der Schweiz wird die Vertragsfreiheit zu nehmend eingeschränkt, beispielsweise im Mietrecht oder im Arbeitsrecht. Welche Massnahmen können / sollen ergriffen werden, um der zunehmenden Verstaatlichung der Vertragsfreiheit entgegen zu treten?

Der römische Historiker und Politiker Tacitus hat dies schon vor rund 2000 Jahren treffend umschrieben: „Corruptissima re publica plurimae leges – Je verdorbener der Staat, desto mehr Gesetze hat er“. Es liegt in der Hand des Stimmbürgers, nur Volksvertreter nach Bern zu schicken, welche auch im Vertragsrecht die Eigenverantwortung wieder in den Mittelpunkt stellen und nicht jedes Problemchen mit neuen gesetzlichen Regeln bekämpfen wollen.

Das Thema überhöhter Managerlöhne löst immer wieder hitzige Diskussionen aus. Wie positionieren Sie sich als Unternehmer in dieser Diskussion?

Auch ich ärgere mich masslos über Manager, welche die Unternehmenskasse als Selbstbedienungsladen betrachten. Vorab müssen die grossen institutionellen Anleger endlich ihre Verantwortung gegenüber ihren Destinatären wahrnehmen und sich notfalls gegen Verwaltung und Management durchsetzen. Die Aktionäre sollten vermehrt auch mit den Füssen abstimmen. Eine Verschärfung des Aktienrechts wäre die ultima ratio.

Energie und Mobilität sind wichtige Pfeiler einer prosperierenden Wirtschaft. Mit dem geforderten Atomausstieg wird mindestens einer dieser Pfeiler ausgehöhlt. Wie umschreiben Sie Ihre Haltung in der Energiedebatte?

Die Schweiz braucht auch in Zukunft eine sichere und günstige Energieversorgung. Dazu benötigen wir jeden Energieträger. Aber ein Kernenergieausstieg ohne klaren Plan und ohne glaubwürdige Alternativen wäre absolut verantwortungslos.

Die Personenfreizügigkeit wird von Wirtschaftsverbänden und Unternehmern als Erfolgsfaktor bezeichnet. Trotzdem wird diese heute offen attackiert. Wie stellen Sie sich zur Personenfreizügigkeit? (420 Zeichen)

Die Bewährungsprobe der Personenfreizügigkeit steht noch aus. Die Schweiz hat profitiert, aber mittelfristig überwiegen die Nachteile einer unkontrollierten Zuwanderung. Stichworte: Überbelastung der Infrastruktur, Siedlungsdruck, Wohnungsnot, steigende Mieten und Immobilienpreise, Lohndruck usw. Wir müssen die Zuwanderung samt Familiennachzug wieder steuern können und nur die Leute rein lassen, die wir wirklich brauchen.